



›Mehr Demokratie‹ als Ausweg aus der multiplen Krise

1. Die Krise(n) und die Linke

Wir sehen uns heute auf globaler Ebene mit einer Vielfach-Krise, einer multiplen Krise konfrontiert, die sich ganz konkret in verschiedenen Gesellschafts- und Lebensbereichen manifestiert: in Form von Arbeitslosigkeit einerseits, als Ausbeutung, Erschöpfung und Entfremdung andererseits, als sogenannte ›Schuldenkrise‹ des Staates und damit verbundenen Kürzungen wohlfahrtsstaatlicher Leistungen, in Form von Artensterben und Klimawandel oder zunehmend auch als Krise der Demokratie. Die multiple Krise kann verstanden werden als »eine historisch-spezifische Konstellation verschiedener sich wechselseitig beeinflussender und zusammenhängender Krisenprozesse im neoliberalen Finanzmarktkapitalismus« (Demirovic et al. 2011: 13). Die gemeinsame Ursache der Krise ist in der kapitalistischen, auf fossilen Energieträgern basierenden Produktions- und Lebensweise neoliberaler Prägung zu erkennen. Diese bedroht mittel- und langfristig die gesamte Menschheit. Insbesondere kurzfristig gibt es aber auch ›Gewinner‹ des neoliberalen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells, zumindest monetär gesehen. Die Reichen, die berühmt-berüchtigten ›1 Prozent‹, haben von den weltweiten Deregulierungs-, Liberalisierungs- und Privatisierungspolitiken der letzten Jahrzehnte massiv profitiert und tun es noch immer. Und es ist das überakkumulierte Kapital, das durch sie repräsentiert wird, das gleichzeitig auch wieder auf vielfältige Weise ein zentraler Treiber der Krise ist (Denknetz-Fachgruppe Politische Ökonomie 2014). »Wir können uns die Reichen nicht leisten« – lautet eine tragische Ironie unserer Zeit (Sayer 2015).

Der Neoliberalismus kann als Herrschaftsprojekt, als Klassenkampf von oben verstanden werden. Die mächtigen Profiteure des Neoliberalismus setzen ihre Interessen weltweit gezielt – auch mit Gewalt – durch und bewahren den Status quo auf dynamische Weise. Der deutsche Soziologe Sighard Neckel (2015) vertritt die Meinung, dass Privatisierung, und nicht etwa die Durchdringung der Gesellschaft durch den Markt,

letztlich das zentrale Element des Neoliberalismus sei. Was privat ist, ist dem Zugriff durch die demokratische Politik und das allgemeine Interesse im bürgerlichen

Pascal Zwicky

1979, ist Sekretär der SPS für Grundsatzfragen und Mitglied der Denknetz-Kerngruppe.



Rechtsstaat weitgehend entzogen. Die Privatisierung erlaubt es denjenigen mit der Verfügungsgewalt, etwa dem Topmanagement von Großunternehmen, sich ihre Privilegien und ihren Status abzusichern. Neckel spricht in diesem Zusammenhang von Refeudalisierung. Interessant daran ist insbesondere die wachsende Kluft, die sich zwischen Diskurs und Realität öffnet. Die neoliberalen Apologeten in Wirtschaft und Politik reden dem Markt, der Leistungsgesellschaft und der Wettbewerbsfähigkeit das Wort, während die Eliten diese Prinzipien für sich selbst in Wirklichkeit immer mehr ausschalten. Reichtum wird vererbt, neue dynastische Strukturen entstehen, anstelle leistungsabhängiger Einkommen treten »krierte Renten« in Form von Antrittsgagen, Abgangsentschädigungen oder Kompensationen für Konkurrenzverbote.

Um die Kraft und Resilienz des Neoliberalen besser zu verstehen, braucht es den Rückgriff auf die Konzepte von Ideologie und Hegemonie (Barfuss, Jehle 2014). Der Neoliberalismus hat nicht nur die unmittelbaren gesellschaftlichen Machtverhältnisse zu seinen Gunsten verändert, die neoliberale Weltauffassung hat sich auch im Alltagsverstand, im Common Sense, verankert und ist von da aus ins Denken und Fühlen der Menschen übergegangen. Als eine umfassende Ideologie, ein Amalgam aus Individualismus, Wettbewerb und Markt, versucht der Neoliberalismus immer mehr Lebensbereiche und den Menschen an sich zu durchdringen. Es dominiert ein zweckrationales Denken, das alles und jede/n auf seine/ihre monetäre Nützlichkeit reduziert (Byung-Chul 2014). Dieser »gesellschaftliche Grundkonsens« ist – noch! – genügend stark, um Widersprüche zu überdecken und als Basis individueller Selbsttäuschungen, denen wir uns immer wieder hingeben, zu funktionieren.

Verteilungs- und Entfremdungskritik verbinden

Für die progressive Linke sind diese Erkenntnisse von immenser Bedeutung. Es reicht dann eben nicht, ebenfalls auf der Klaviatur der Effizienz und Wettbewerbsfähigkeit zu spielen und das Lied einfach mit Verteilungsgerechtigkeit und Chancengleichheit anzureichern. Entsprechend argumentiert Hartmut Rosa (2012), der Linken dürfe es nicht nur darum gehen, im Sinne von Verteilungsgerechtigkeit mehr vom Kuchen einzufordern. Die Erfahrung zeige, dass sie damit die neoliberale Wachstums- und Wettbewerbslogik weiter befeue und es überdies verpasse, den Sinn und die soziale wie ökologische Nachhaltigkeit eines permanenten Steigerungsspiels zu hinterfragen. Damit bleibe das klassisch linke Thema der Entfremdung auf der Strecke, und die Frage nach den geltenden Spielregeln bleibe weitestgehend ausgeblendet. Das soll aber



nicht heissen, dass das Thema der Ungleichheit respektive Verteilungsgerechtigkeit für die Linke nicht weiterhin von zentraler Bedeutung sei. Ungleichheit steht am Ursprung der aktuellen Wirtschaftskrise und verschärft die ökologischen Probleme. Raul Zelik (2015) weist unter Bezugnahme auf die Studien von Wilkinson, Pickett (2010) zudem zu Recht darauf hin, dass der Kampf gegen Ungleichheit für den Erhalt der Lebensqualität und selbst der Gesundheit in Wohlstandsgesellschaften zwingend erforderlich ist. Die Herausforderung besteht demnach darin, Verteilungs- und Entfremdungskritik dauerhaft miteinander zu verstricken.

Gemäss heutigem Stand hat die Linke dem Neoliberalismus zu wenig entgegenzusetzen. Sie befindet sich im ständigen Abwehrkampf gegen die immer radikaleren Angriffe des Kapitals auf die Errungenschaften des rückverteilenden Wohlfahrtsstaats. Darüber hinaus fehlt es aber – spätestens seit den Ernüchterungen des realexistierenden Sozialismus – an einer eigenen, orientierungsstiftenden und handlungsleitenden Vision einer ›besseren‹ Welt, die zugleich Rückgrat für eine progressive linke Identität sein kann. Dieser Mangel scheint mir einer der entscheidenden Gründe dafür zu sein, dass heute auch eine Krise der Linken konstatiert werden muss. David Harvey (2015) vermisst in diesem Sinne »ein umfassendes Programm, das politisches Handeln motivieren und bündeln kann, eine kollektive politische Subjektivität, die sich um einen Grundbegriff herum bildet und die uns zeigen kann, wie ein alternativer Wirtschaftsmotor aussehen könnte, mit dem wir die Macht des Kapitals herausfordern und überwinden« (S. 310). Was die Linke also braucht, ist ein Hegemonieprojekt, das sie dem Neoliberalismus entgegenzusetzen kann, das anschlussfähig an moderne Bedürfnisse und Wünsche ist und fähig ist, die kritisierten Realitäten performativ zu verändern. Der Kampf um Hegemonie ist der Kampf um eine andere Welt und Voraussetzung für eine andere Politik.

2. ›Mehr Demokratie‹ als linkes Hegemonie-Projekt

Was kann aber dieses Hegemonie-Projekt sein? Harvey schlägt vor, am Begriff der Entfremdung anzusetzen. Die vielfältigen Entfremdungserfahrungen der Menschen im 21. Jahrhundert (Harvey spricht von »universeller Entfremdung«) ergeben sich massgeblich aus den Widersprüchen der kapitalistischen Entwicklung. Beispielsweise daraus, dass die Kapitallogik auf den Kern gesellschaftlicher Reproduktion ausgeweitet wird, auf menschliche Grundbedürfnisse wie Nahrung, Wohnen, Pflege oder Bildung, wobei sich der Widerspruch zwischen Gebrauchs- und Tauschwert neu zuspitzt. Oder aus dem eklatanten Widerspruch,



dass die Produktivkräfte wachsen und wachsen, sie aber in völlig unzureichender Weise zur Steigerung des Gemeinwohls beitragen. Aus dem Widerspruch zwischen Kapital und Natur; dieser birgt für Harvey das Potenzial einer – das ganze politische Spektrum umfassenden – »humanistischen Revolte gegen das Bild des Menschen, der wir werden müssten, um in dem vom Kapital geschaffenen Ökosystem zu überleben« (Harvey 2015, S. 306). Und schliesslich auch aus der Erfahrung der jungen Generation, der Spielregeln wie »Leistung lohnt sich« vorgegeben werden, die – wie oben gesehen – in Wirklichkeit in vielen Bereichen längst ausgehöhlt respektive abgeschafft worden sind.

Ich finde diesen Gedanken, an der Entfremdung anzusetzen, passend. Ich schlage darüber hinausgehend vor, ein linkes Hegemonie-Projekt positiv und offensiv zu konzipieren, und plädiere deshalb dafür, die Ausweitung und Vertiefung der Demokratie zum Angelpunkt eines solchen Projekts zu machen. Eine umfassende und emanzipatorische Demokratisierung, das Ermöglichen eines selbstbestimmten Lebens in und mit der Gesellschaft, ist das Gegenteil von Entfremdung. Die Forderung nach mehr Demokratie basiert auf einem entwicklungsfähigen Menschenbild, das dem eindimensionalen homo oeconomicus des neoliberalen Kapitalismus entgegengesetzt werden kann. Und Demokratie kann, wie von Harvey gefordert, ein umfassendes Programm sein, das die Macht des Kapitals direkt herausfordert.

Der Ruf nach mehr Demokratie wird sowohl im angelsächsischen als auch im französisch- oder deutschsprachigen Raum vermehrt laut. Das Streben nach mehr Demokratie ist dabei nicht nur einfach ein Anliegen von Intellektuellen. Die grosse Mehrheit der zivilgesellschaftlichen Initiativen und sozialen Bewegungen, die in den letzten Jahren weltweit entstanden sind, gruppieren sich um das Thema der (fehlenden) Partizipation und Demokratie. Sie widersetzen sich der Tatsache, dass die zentralen Entscheidungen zur weiteren Entwicklung der Gesellschaft in entfernten, anonymen und intransparenten Konzernsitzen, Regierungsgebäuden und Parteizentralen getroffen werden, ohne die betroffenen Menschen wirklich einzubeziehen. Der Ruf nach mehr Demokratie ist der Ruf nach mehr unmittelbarem, umfassendem und substanziellem Einfluss auf die eigenen Lebensverhältnisse.

So verstanden bedeutet Demokratie ganz sicher mehr als Parlamentarismus und Mehrheitsentscheide in der Sphäre der Politik (wie in der [halb-]direkten Demokratie der Schweiz). Stephan Lessenich sieht dementsprechend ein zentrales Problem der Gegenwart darin, »dass wir gar keinen starken Begriff mehr von Demokratie haben, und das, was überhaupt demokratisch möglich wäre, an ganz geringen Standards messen.



Wir brauchen wieder ein empathisches Verständnis von Demokratie als politische Form der Selbstgestaltung von Gesellschaft. Wir müssen wieder wirklich verstehen und kulturell-kollektiv verankern, dass wir alle gestalten sollten und gestalten wollen sollten und es die Möglichkeit dazu gibt« (Rosa, Lessenich 2014, S. 51–52).

Was aber ist das Problem mit der bestehenden Demokratie? Alex Demirovic (2013) argumentiert, dass die parlamentarische beziehungsweise politische Demokratie, wie wir sie heute kennen, einen Grossteil ihres progressiven und emanzipatorischen Potenzials verloren habe. »Wurde die Demokratie einmal als institutionalisierte Revolution verstanden, durch die sich die herrschaftlichen Institutionen in geregelten Verfahren kontinuierlich erneuern und Fortschritt und Ordnung miteinander vereinbart werden können, so ist die Demokratie heute eine Normalisierungsdispositiv, in dem Alternativen kaum ein Ort eingeräumt werden« (S. 207). Statt Taktgeber der gesellschaftlichen Entwicklung zu sein, läuft der Demokratisierungsprozess dieser Entwicklung hinterher. Das zeigt sich besonders deutlich im Zusammenhang mit der neoliberalen Globalisierung der letzten Jahrzehnte, die die Spielräume auch für die herkömmlich beschränkte Demokratie eingeengt hat. Es offenbart sich aber auch mit Blick auf das Thema der Migration, wenn in Ländern wie der Schweiz rund ein Viertel der Bevölkerung von der politischen Demokratie ausgeschlossen bleibt.

Es braucht einen nächsten Demokratisierungsschritt

Vor diesem Hintergrund sind die real existierenden Demokratien als Protodemokratien, als Vorstufe zu einer substanziellen Demokratie zu sehen. Im Korsett der »bürgerlichen Demokratie« bleibt Demokratie ein »uneingelöstes Versprechen« (Marti 2006). Aus dieser Analyse lassen sich zwei unterschiedliche Schlüsse ziehen: Der eine wäre, das aufklärerische Ideal der Demokratie aufzugeben oder es zumindest an die vermeintlichen Sachzwänge einer komplexen Welt, eines globalen Kapitalismus anzupassen (Stichworte: Postdemokratie, Marktkonforme Demokratie). Dem diametral entgegengesetzt ist der zweite Schluss: Er diagnostiziert einen Mangel an Demokratie als Ursache der Demokratiekrise und darüber hinaus der multiplen Krise und setzt dementsprechend auf eine konsequente Demokratisierung aller Lebensbereiche, insbesondere auch der Wirtschaft. Eine solche umfassende Demokratie (Demirovic spricht von »radikaler Demokratie«) geht »über die liberale Trennung von Politik und Ökonomie hinaus, die es bislang immer erlaubt hat, dass sich gegenüber der Freiheit demokratischer Selbstbe-



stimmung die gesellschaftlichen Naturgesetze der Ökonomie und des Marktes behauptet haben, in deren Namen die Gesellschaft von wenigen usurpiert und angeeignet wird, die vorgeben, allein sie könnten diese Naturgesetze beherrschen und die vielen verwalten. Radikale Demokratie will auch mehr als nur die Anwendung von Formen repräsentativer Demokratie in der Wirtschaft. Vielmehr zielt radikale Demokratie darauf, die Grenzzlinien, die von mächtigen Interessen zwischen Wirtschaft und Politik immer wieder errichtet werden, selbst in einer reflexiven Anwendung der Demokratie auf ihre eigenen politischen Grenzen zum Gegenstand kollektiver Selbstbestimmung zu machen« (Demirovic 2013, S. 213f.).

Die Stärke eines solchen Verständnisses liegt vor allem in der konflikttheoretischen und prozesshaften Perspektive. Demokratie ist kein statisches Konzept, vielmehr kann und muss der Geltungsbereich demokratischer Selbstbestimmung kollektiv immer wieder neu ausgehandelt, verteidigt und durchgesetzt werden. Damit wird das Primat der (demokratischen) Politik auf progressive Weise betont und der neoliberalen Ideologie fehlender Handlungsmöglichkeiten entgegengesetzt.

Um als progressives Hegemonie-Projekt bestehen zu können, muss ›mehr Demokratie‹ in den unterschiedlichsten Politik- und Gesellschaftsbereichen Orientierung stiften können, zum Beispiel bei sozial-, bildungs-, medien-, europa- oder migrationspolitischen Fragen (Herzog, Ringger, Zwicky 2015). Ganz zentral ist dabei die Frage nach einer anderen, einer zukunftsfähigen Wirtschaft. Hier entscheidet sich, ob die Vision einer besseren Gesellschaft Wirklichkeit werden kann. Zentrale Herausforderungen sind darin zu sehen, das Primat der demokratischen Politik gegenüber den Finanzmärkten zurückzuerobern und ›Wirtschaftsdemokratie‹ entlang der (globalen) Wertschöpfungsketten zu organisieren. Auch die unzähligen Unternehmen und zivilgesellschaftlichen Initiativen, die bereits heute unter teils äusserst widrigen Bedingungen versuchen, zukunftsfähig zu wirtschaften, gilt es gezielt zu unterstützen. Wirtschaft darf bei alledem nicht länger als demokratiefreie Zone begriffen werden, die höchstens von aussen durch Regulierungen gesteuert werden kann und soll. Sie muss von innen heraus verändert werden. ArbeiterInnen und Angestellte sowie weitere betroffene Stakeholder müssen mit Mitbestimmungsrechten ausgestattet und befähigt werden, das feudale Machtmonopol des Kapitals zu brechen und die Privilegien einer globalen Klasse von Topmanagern und von Rentiers abzuschaffen. Wenn immer möglich, sollen wirtschaftliche Prozesse also demokratischer Kontrolle und Selbstverwaltung unterstellt sein.

Angesichts der zentralen Bedeutung des Wirtschaftens für den einzel-



nen Menschen und das gesellschaftliche Leben ist es geradezu absurd, Wirtschaft quasi von der Gesellschaft abzukoppeln und einer radikalen Markt-, Profit- und Konkurrenzlogik zu unterwerfen, die das Gemeinsame und die Natur nachweislich zerstört. Es gilt, die herrschende Wirtschaftslogik beziehungsweise die Machtverhältnisse hinter dieser Logik zu überwinden, um wirklichen gesellschaftlichen Fortschritt zu ermöglichen. Die Forderung nach mehr Demokratie in der Wirtschaft ist also kein Plädoyer für einen »mitbestimmten Kapitalismus«. Partizipation darf nicht als Schmiermittel für mehr Produktivität und höhere Profite missbraucht werden. Die Demokratisierung der Wirtschaft ist auch kein Selbstzweck. Mehr Demokratie ist der – ebenso rational begründete wie von Hoffnung getragene – Weg, um die Wirtschaft von den Fesseln der Kapitalverwertung (die sich als stetiger Wachstums- und Profitdruck manifestieren) zu befreien und sie auf das Gemeinwohl auszurichten. Eine demokratische Wirtschaft ist ein wesentlicher Bestandteil der sozial-ökologischen Transformation der Gesellschaft und damit Voraussetzung eines »guten Lebens« für alle (Acosta 2015).

3. Demokratie und Transformation

Die multiple Krise macht einen grundlegenden sozialen Wandel nötig. Intellektuelle rund um die Rosa-Luxemburg-Stiftung sehen in der Transformation den für eine fortschrittliche Perspektive im 21. Jahrhundert zentralen Typus sozialen Wandels. Gelingende Transformation führt zu einem neuen gesamtgesellschaftlichen Entwicklungsmodell und neuen kulturellen Deutungsmustern. Transformation bedarf somit eines grundlegenden Pfadwechsels, der aber an den heute bestehenden Kompetenzen und Erfahrungen ansetzt und diese in einem partizipativen und letztlich ergebnisoffenen Prozess weiterentwickelt. Transformationsprozesse bilden sich aus dem Zusammenspiel bewusst gestaltender Interventionen und eigendynamischer, organisch-evolutionärer Entwicklungen (vgl. Reissig 2014, S. 54f.). Inhaltlich geht es heute um »eine Transformation des wirtschaftlichen Pfades und eine Transformation der sozialen Verhältnisse. Oder anders formuliert: Sozialökologische und demokratisch-solidarische Entwicklung – das sind die beiden miteinander verbundenen Säulen – sind der Kern dieser Gesellschaftstransformation des 21. Jahrhunderts. Sie hat ihren Ursprung nicht allein im Widerspruch zwischen Marktradikalität und demokratisch-gesellschaftlicher Regulation, sondern ergibt sich aus den Erfordernissen einer grundlegenden Veränderung der Art und Weise des Wirtschaftens, des Arbeitens, des Lebens« (Reissig 2014, S. 71). Eine solche Transformation betrifft ganz wesentlich bestehende Macht- und Eigentumsstrukturen. Demokratie



als Machtfrage steht auch deshalb im Zentrum eines transformatorischen Wandels.

Was heisst das für die etablierte Linke? Transformation ist ein sozialer Wandlungsprozess mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten respektive Zeithorizonten einerseits und vielfältigen Inhalten andererseits. Das bedeutet kurz- und mittelfristig, den Wohlfahrtsstaat und die parlamentarische Demokratie gegenüber dem neoliberalen Finanzkapitalismus zu verteidigen. Gleichzeitig gilt es aber – und das im Unterschied zur Politik der letzten Jahrzehnte! –, die umfassende und emanzipatorische Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft im Sinne einer Weiterentwicklung unserer Wohlfahrtsgesellschaften voranzutreiben mit dem Ziel, treibende Kraft einer breiten Bewegung zu werden.

Der gesellschaftliche Diskurs ist bei alledem von zentraler Bedeutung; er entscheidet in Zeiten des Umbruchs und des Übergangs wesentlich darüber, in welche Richtungen sich Gesellschaften bewegen. »Wandel, Transformation der Gesellschaft beginnt mit Wandel im gesellschaftlichen Feld und speziell im gesellschaftlichen Diskurs, mit Wandel in den Köpfen der Menschen« (Reissig 2014, S. 61). Gerade Parteien wie die SP und die Grünen oder Organisationen wie die Gewerkschaften müssen vermehrt zu »popular educators« (Hall, O’Shea 2013) werden, sie müssen den Mut aufbringen, sich gegen den neoliberalen Mainstream zu behaupten, sie müssen die Menschen über verborgene Zusammenhänge aufklären und gemeinsam mit ihnen Alternativen zum Status quo entwickeln. Das Hegemonie-Projekt der Demokratie erlaubt es, diese Herausforderung offensiv und mit dem nötigen Optimismus anzugehen.



Literatur

- Acosta, Alberto: *Buen Vivir. Vom Recht auf ein gutes Leben*. München 2015.
- Barfuss, Thomas; Jehle, Peter: *Antonie Gramsci. Zur Einführung*. Hamburg 2014.
- Byung-Chul, Han: *Psychopolitik. Neoliberalismus und die neuen Machttechniken*. Frankfurt a.M. 2014.
- Demirovic, Alex et al.: *Die multiple Krise – Krisendynamiken im neoliberalen Kapitalismus*. In: Demirovic, Alex et al. (Hg.): *VielfachKrise im finanzmarktdominierten Kapitalismus*. Hamburg 2011. S. 10-28.
- Demirovic, Alex: *Multiple Krise, autoritäre Demokratie und radikaldemokratische Erneuerung*. In: *PROKLA* 43/2013, H. 171. S. 193–215.
- Denknetz-Fachgruppe *Politische Ökonomie: Zu reich für den Kapitalismus – Die Krise der gesellschaftlichen Investitionsfunktion*. In: Denknetz (Hg.): *Die überflüssige Schweiz*. Zürich 2014. S. 99–121.
- Hall, Stuart; O’Shea, Alan (2013): *Common-sense Neoliberalism*. www.lwbooks.co.uk/journals/soundings/pdfs/Manifesto_commonsense_neoliberalism.pdf
- Harvey, David: *Siebzehn Widersprüche und das Ende des Kapitalismus*. Berlin 2015.
- Herzog, Roland; Ringger, Beat; Zwicky, Pascal: *Demokratie als Notwendigkeit und Programm*. Denknetz-Diskussionspapier. Zürich 2015.
- Marti, Urs: *Demokratie. Das uneingelöste Versprechen*. Zürich 2006.
- Neckel, Sighard: *Zurück in die Zukunft. Die Refeudalisierung des modernen Kapitalismus*. Vortrag gehalten am Kongress der Schweizerischen Gesellschaft für Soziologie am 3. Juni 2015 in Lausanne.
- Reissig, Rolf: *Transformation – ein spezifischer Typ sozialen Wandels. Ein analytischer und sozialtheoretischer Entwurf*. In: Brie, Michael (Hg.): *Futuring. Perspektiven der Transformation im Kapitalismus über ihn hinaus*. Münster 2014. S. 50-100.
- Rosa, Hartmut (2012): *Der unheilvolle Pakt*. www.gegenblende.de/18-2012/++co++4e7c6fe2-38a8-11e2-aecc-52540066f352.
- Rosa, Hartmut; Lessenich, Stephan: *Weil Kapitalismus sich ändern muss: Im Gespräch mit Hartmut Rosa und Stephan Lessenich*. In: Kennedy, Margrit et al. (Hg.): *Weil Kapitalismus sich ändern muss*. Wiesbaden 2014. S. 21–65.
- Sayer, Andrew: *Why we can’t afford the rich*. Bristol 2014.
- Wilkinson, Richard; Pickett, Kate: *Gleichheit ist Glück. Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind*. Berlin 2010.
- Zelik, Raul (2015): *Die grosse Traurigkeit unserer Zeit*. <https://www.woz.ch/-5b39>.